

presse

SPD-Bundestagsfraktion verabschiedet Antrag zur Kindergesundheit

Zur Verabschiedung des Antrages "Kinder- und Jugendgesundheit: Ungleichheiten beseitigen - Versorgungslücken schließen" durch die SPD-Bundestagsfraktion erklärt die zuständige Berichterstatterin Bärbel Bas:

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Ungleichheiten bei den Gesundheits- und Entwicklungschancen beseitigen und Versorgungslücken bei der Kinder- und Jugendgesundheit schließen, sagt Bärbel Bas. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, Kindergesundheit endlich als nationale Aufgabe zu begreifen und ein umfassendes Versorgungskonzept vorzulegen.

Nicht alle Kinder haben in Deutschland die gleichen Gesundheits- und Entwicklungschancen. Vor allem die soziale Herkunft wirkt sich negativ auf die Gesundheitschancen aus. Die SPD-Bundestagsfraktion will diese Ungleichheiten beseitigen und Versorgungslücken bei der Kinder- und Jugendgesundheit schließen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, Kindergesundheit endlich als nationale Aufgabe zu begreifen und ein umfassendes Versorgungskonzept vorzulegen.

Konkret bedeutet das für uns: Kinderärzte müssen als Erstversorger besser in die Verträge zur Hausarztzentrierten Versorgung eingebunden werden. Wir fordern die ernsthafte Prüfung einer Fachkraftquote zur Verbesserung der Versorgung in der Kinderkrankenpflege und verpflichtende pädiatrische Fortbildungen für alle betroffenen medizinischen Berufsgruppen. Außerdem muss die Bundesregierung die Forschung im Bereich Versorgungs- und Arzneimittelsicherheit bei Kindern stärker fördern.

Die Kindergesundheit hat sich über die letzten Jahre zwar bundesweit stetig verbessert, aber der Demografische Wandel erhöht immer stärker die Gefahr von

pädiatrischen Versorgungsengpässen. In ländlichen Regionen, aber auch sozial-schwachen Stadtvierteln brauchen wir mehr und besser ausgebildete Kinderärzte sowie zielgenauere Gesundheitsberatungsangebote für Familien.

Die Bundesregierung bleibt allerdings auch bei der Kindergesundheit strategielos. Schwarz-Gelb zündet politische Strohfeuer ohne Auswirkungen auf die Versorgung der Kinder- und Jugendlichen und kürzt im Bundeshaushalt 2012 sogar die Haushaltsmittel zur Förderung der Kindergesundheit. Diese Politik schafft weitere Ungleichheiten und reißt neue Versorgungslücken.